

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Staatsminister Joachim Herrmann

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Manfred Ländner

Abg. Peter Meyer

Abg. Eva Gottstein

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Katharina Schulze

Abg. Alexander Muthmann

Präsidentin Barbara Stamm: Kolleginnen und Kollegen, ich rufe **Tagesordnungspunkt 3 c** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Errichtung der Bayerischen Grenzpolizei (Drs. 17/21859)

- Erste Lesung -

Der Herr Staatsminister steht schon für die Begründung des Gesetzentwurfs bereit. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres und Integration): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Staatsregierung beabsichtigt, die Kompetenzen der Bayerischen Polizei bei der Bekämpfung der illegalen Migration und der grenzüberschreitenden Kriminalität weiter auszubauen. Daher hat der Ministerrat am 23. März die Errichtung der Bayerischen Grenzpolizei beschlossen. Wir legen dem Bayerischen Landtag nun den Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung der Bayerischen Grenzpolizei vor, mit dem die entsprechenden Änderungen im Polizeiorganisationsgesetz, insbesondere die Einführung eines neuen Artikels 5, vorgenommen werden sollen.

Schwerpunktmäßig soll mit der Grenzpolizei die Schleierfahndung intensiviert werden, vor allem im 30 Kilometer breiten Streifen entlang der Bundesgrenze zu Österreich und Tschechien sowie auf den Straßen und Eisenbahnstrecken von erheblicher Bedeutung für den grenzüberschreitenden Verkehr. Darüber hinaus soll die neue Bayerische Grenzpolizei auch eigenständig grenzpolizeiliche Aufgaben wie Passkontrollen und Zurückweisungen an der Grenze durchführen können, sobald der Bund Grenzkontrollen angeordnet hat. Notwendig hierfür ist aber eine Erweiterung des Verwaltungsabkommens mit dem Bund. Zu diesem Zweck habe ich bereits ein erstes Gespräch mit Bundesinnenminister Seehofer geführt.

Die Koordination der Grenzpolizei wird eine neue Direktion mit Dienstsitz in Passau übernehmen, die zum 1. Juli 2018 ihren Betrieb aufnehmen wird und zur Führungsstelle "Grenze" bestimmt wird. Zentrales Aufgabenfeld der Direktion wird die Zusam-

menarbeit mit den gemeinsamen Zentren Schwandorf-Petrovice und Passau sowie mit benachbarten Behörden wie Bundespolizei und Zoll sein. Daneben wird sich die Grenzpolizei in Grenzpolizeiinspektionen und Grenzpolizeistationen gliedern, die im Einzelnen durch Änderung der entsprechenden Durchführungsverordnung zum Polizeiorganisationsgesetz aus den bisherigen Polizeiinspektionen Fahndung und Polizeistationen Fahndung errichtet werden.

Die gegenwärtige Personalstärke der zuständigen Dienststellen von circa 500 soll dabei erhöht werden, sodass die Grenzpolizei im Jahr 2023 über insgesamt 1.000 Stellen verfügen wird. Die dafür erforderlichen Beamtinnen und Beamten werden neu eingestellt und ausgebildet. Damit können wir die Zahl unserer Fahndungsexperten in Grenznähe verdoppeln. Des Weiteren will die Staatsregierung in modernste Sachausstattung investieren, beispielsweise Smartphones mit einem polizeilichen Messengerdienst, Convertibles und Fingerabdruckscanner, in jedem Einsatzfahrzeug der Grenzpolizei Multicopter für die Dienststellen der Grenzpolizei oder auch Wärmebild- und Nachtsichtgeräte. Damit machen wir die Arbeit unserer Fahnderinnen und Fahnder vor Ort noch effizienter.

Das Innenministerium erarbeitet zusammen mit dem Polizeipräsidium Niederbayern unter Einbindung der tangierten Verbände der bayerischen Polizei ein Detailkonzept. Die Staatsregierung wird im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport des Bayerischen Landtags gemäß dessen Beschluss zum 30. Juni dieses Jahres einen schriftlichen Bericht vorlegen.

Ich bitte Sie herzlich um zügige Beratung und dann um Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf. – Vielen Dank.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Rinderspacher.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrte Frau Präsidentin, Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir brauchen keine bayerische Grenzbehörde; denn es gibt be-

reits eine deutsche Grenzpolizei. Wir brauchen keine bayerische Grenzbehörde; denn es gibt bereits eine bayerische Schleierfahndung, die ganz gut funktioniert und die man gegebenenfalls ausbauen kann. Wir brauchen eine effiziente Schleierfahndung und mobile, kurzfristig mögliche Grenzraumkontrollen statt die christsoziale Rückkehr zum Schlagbaum des 20. Jahrhunderts.

(Beifall bei der SPD)

Die Anordnung des neuen Ministerpräsidenten – neue Behördennamen und Dienstuniformen – ersetzt nicht eine bessere länderübergreifende Polizei- und Justizzusammenarbeit; diese ist notwendig. Wir brauchen mehr Polizisten auf bayerischen Straßen und Plätzen, nicht in neuen Amtsstuben von Herrn Söder. Die Doppelstruktur neben der Bundespolizei, die der neue Ministerpräsident jetzt anstrebt, schafft zusätzliche Bürokratie statt zusätzlichen Bürgerschutz und zusätzliche innere Sicherheit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zuständigkeit für die Grenzsicherung ist im Wege der ausschließlichen Gesetzgebung gemäß Artikel 73 Absatz 1 Nummer 5 des Grundgesetzes allein dem Bund vorbehalten. Der Bund hat in § 2 des Bundespolizeigesetzes durch Zuweisung des grenzpolizeilichen Schutzes an die Bundespolizei von dieser Gesetzgebungskompetenz abschließend Gebrauch gemacht.

Natürlich besteht die Möglichkeit, dass Aufgaben des grenzpolizeilichen Einzeldienstes als Teilaufgaben des Grenzschutzes mit Kräften der Länder durchgeführt werden. Bayern hat in einem Verwaltungsabkommen die Übernahme grenzpolizeilicher Aufgaben an bayerischen Flughäfen vereinbart. Aber die Übernahme des gesamten Grenzschutzes durch die bayerische Landespolizei ist sowohl aus verfassungsrechtlicher als auch aus polizeilicher Sicht nicht sinnstiftend.

Die Staatsregierung will die verfassungsmäßig durchaus fragwürdige Einführung einer Doppelzuständigkeit für die Grenzüberwachung der Bundesgrenzen im Freistaat schaffen und hiermit eine Mischverwaltung etablieren, ohne jedoch zu einem Mehr an Sicherheit zu gelangen.

Im Übrigen: Der Gesetzentwurf, den die Bayerische Staatsregierung hier vorlegt, ist natürlich auch ein Misstrauensvotum des neuen CSU-Ministerpräsidenten Söder gegen seinen Parteifreund Bundesinnenminister Horst Seehofer; denn für den Grenzschutz ist eigentlich der Bundesinnenminister, also der Bund, zuständig. Offenbar trauen die CSU-Fraktion und die Bayerische Staatsregierung ihrem eigenen Parteichef nicht über den Weg, das heißt, sie gehen nicht davon aus, dass er die entsprechenden Aufgaben bewältigen wird.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die neue Bayerische Grenzpolizei schafft unnötige neue Verwaltungsstrukturen; das kritisiert auch die Gewerkschaft der Polizei. Der für die Bundespolizei in Bayern zuständige GdP-Vorsitzende Andreas Roßkopf sieht in der bayerischen Grenztruppe eine unnötige Konkurrenz zur Bundespolizei. Er sagt wörtlich:

Das ärgert uns ungemein. Denn für unsere Kolleginnen und Kollegen ist das eine Geringschätzung ihrer Arbeit an der Grenze, fast schon ein Vertrauensbruch. Denn wir machen unseren Job dort sehr professionell und mit hoher Motivation.

Er verweist weiterhin darauf, dass die volle Einsatzstärke von 2.600 Beamtinnen und Beamten bereits zum 1. Januar 2019 wieder gewährleistet sein wird.

An dieser Stelle dürfen wir Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU-Fraktion, gern daran erinnern, wer Bundespolizistenstellen – in der schwarz-gelben Bundesregierung – gekürzt hat. Es war Ihr CSU-Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich, der 3.600 Bundespolizistenstellen gestrichen hat. Es brauchte die sozialdemokratische Regierungsbeteiligung im Bund, damit diese Schwächung eines handlungsfähigen starken Staates wettgemacht, das heißt, korrigiert wurde.

(Beifall bei der SPD)

Tatsächlich entsteht der Eindruck, dass mit diesem Gesetzentwurf von den wahren Problemen unserer bayerischen Polizei ein Stück weit abgelenkt werden soll. Im

Jahr 2017 haben die Überstunden der bayerischen Polizei einen neuen Rekordwert erreicht. 2.210.650 Überstunden – das entspricht einem Zuwachs um 11 % gegenüber dem Vorjahr. Vor drei Jahren waren es 1,8 Millionen Überstunden, vor zwei Jahren 2 Millionen; jetzt sind es 2,2 Millionen.

Ich sage: Unsere Polizei leistet sehr wertvolle und professionelle Arbeit. Wir bedanken uns dafür. Auch die Bürgerschaft ist dafür dankbar. Aber wir sind in Sorge, dass die vor geraumer Zeit angekündigte Entlastung unserer Polizei nicht greift. Im Gegenteil, es drängt sich geradezu der Eindruck auf, dass vielmehr die hohe Motivation und die hohe Leistungsbereitschaft unserer Polizistinnen und Polizisten deutlich überstrapaziert werden.

Es wird auch nicht gesagt – auch nicht heute in Erster Lesung; das werden wir in den Ausschüssen zu behandeln haben –, wie sich die neue Grenzpolizei denn personell zusammensetzen soll. Es heißt, die jetzt für die Schleierfahndung vorgesehenen 500 Polizisten würden halt "umetikettiert". Sie erhalten eine neue Uniform und ein neues Logo, aber ihre Aufgaben bleiben mehr oder weniger gleich.

Stufenweise sollen von 2019 an zusätzliche Stellen geschaffen werden. Wir haben die Befürchtung, dass es keine neuen Stellen sein werden, sondern dass diese Stellen aus den Heimatinspektionen und damit aus der Fläche abgezogen werden. Ein solches Vorgehen schafft nicht mehr Sicherheit an der Grenze; denn dort haben wir die Bundespolizei. Es bewirkt aber weniger Präsenz der bayerischen Polizei in der Fläche und ist damit sogar kontraproduktiv. Sie machen mit diesem Gesetzentwurf nicht etwa den großen Wurf für mehr innere Sicherheit, sondern Sie sorgen dafür, dass in der Fläche sogar zusätzliche polizeiliche Lücken entstehen. Das halten wir für verantwortungslos. Deshalb erwarten wir von Ihnen, dass Sie im Laufe der Beratungen diesen Gesetzentwurf zurückziehen.

(Beifall bei der SPD – Tobias Reiß (CSU): Man merkt, dass Sie als Münchner weit weg von den Problemen der Grenzregion sind!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Ländner.

Manfred Ländner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Die Frage, die in einer solchen Debatte im Parlament die Spannung hoch hält, ist für mich: Was gibt es jetzt wieder zu sagen?

(Markus Rinderspacher (SPD): Nichts mehr nach meinem Beitrag!)

Es ist unheimlich spannend, was Sie in den Gesetzentwurf hineininterpretieren: Misstrauen gegen Seehofer – aha! –, Misstrauen gegen die Bundespolizei, Aushöhlung der bisherigen Dienststellen im restlichen Bayern, Ablenken von den wahren Problemen der Polizei. Das waren die Inhalte Ihrer Rede.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ja!)

Dabei geht es an sich um nichts anderes als um das, was der Herr Minister soeben gesagt hat: 500 Stellen mehr in die Grenzregion!

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die bräuchten wir jetzt schon! 300 Stellen Unterversorgung!)

Wir brauchen sie jetzt? Herr Rinderspacher hat das doch gerade abgelehnt. Ihr müsst euch schon einigen in der Opposition, was ihr wollt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wir brauchen jedenfalls nicht diese neue Behörde!)

Von den 1.000 Polizisten, die bis zum Jahr 2023 neu eingestellt werden, werden 500 an die Grenze geschickt. Die Zahl der dort derzeit in der Schleierfahndung Tätigen wird verdoppelt. Diese an der Grenze eingesetzten Beamten sollen technisch aufgerüstet werden. Ich weiß nicht, ob Sie bewusst etwas missverstehen. Es geht doch nicht um irgendeinen Popanz oder um neue Uniformen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Vor allem sollte es nicht um eine neue Behörde gehen! – Volkmar Halbleib (SPD): Laut Entwurf geht es um die Errichtung der Bayerischen Grenzpolizei! Das steht hier!)

Es geht nicht um neue Uniformen, sondern – vielleicht – um ein neues Verbandsabzeichen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Und dafür brauchen wir eine neue Behörde?)

Sie vermischen Dinge, kneten alles durch und holen dann irgendetwas heraus.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die Bayerische Grenzpolizei soll also nicht die Grenze schützen?)

Worum geht es wirklich? – Der Herr Minister hat darauf hingewiesen: Verstärkung der Kräfte an der Grenze und Verbesserung der technischen Ausstattung, um die Aufgaben an der Grenze besser erfüllen zu können. Dabei geht es eben nicht nur um die Grenzkontrolle; insoweit verwechseln Sie etwas. Die Bundespolizei ist für die Grenzkontrolle zuständig. Das, was nach der Grenzkontrolle passiert – dafür ist auch unsere Schleierfahndung zuständig –, ist doch auch eine wichtige Aufgabe der bayerischen Polizei.

(Markus Rinderspacher (SPD): Dafür brauchen wir doch keine neue Behörde! – Volkmar Halbleib (SPD): Die Grenzpolizei sichert also nicht die Grenze?)

In diesem Bereich wollen wir noch effizienter und noch effektiver werden.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen den grenzpolizeilichen Vollzugs- und Fahndungsdienst verstärken. Wir wollen Schnittstellen reduzieren und Verwaltungsabläufe optimieren, um diesen wichtigen Dienst an der Grenze zu stärken, nicht mehr und nicht weniger. Dass die Bewältigung dieser Aufgaben nach dem Grenzübertritt für die Sicherheit der Bevölkerung wichtig ist, haben Sie selbst bestätigt.

Ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung sagen: Grenzpolizeilicher Dienst und Schleierfahndung sind etwas ganz anderes als zum Beispiel Dienst, der in Kitzingen, in Würzburg oder in Nürnberg geleistet wird. Da geht es um Ausweise, da geht es um Fahndung, da geht es um Sensibilisierung von Fahndern dafür, wie eine Fahndung abläuft. Dazu braucht man Erfahrung, besondere Ausbildung und besondere Kompetenz.

Die bestehenden Fahndungsdienststellen sollen unter fachlicher Leitung neu zusammengefasst und personell gestärkt werden. Ich glaube, das ist in Ordnung. Es geht um eine fachliche Leitung und Koordination. Es geht um gezielte Ausrüstung und gezielte Weiterbildung über eine neue zu schaffende Direktion, die nicht mehr Verwaltung bringt, sondern die gebündelt beim Polizeipräsidium Niederbayern/Oberpfalz mehr Kompetenz für den Bereich an der Grenze schafft. Das ist wichtig für die Sicherheit und wichtig für die Polizei. Was da hineininterpretiert wird, gehört manchmal in den Bereich der Satire. Ich meine, das Gesetz ist wichtig und richtig. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Ländner, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung des Kollegen Meyer.

Peter Meyer (FREIE WÄHLER): Lieber Kollege Ländner, ich bin seit einiger Zeit über Ihre Verständnislosigkeit für unsere Verständnislosigkeit amüsiert. Ich kann mich gut erinnern: Vor einigen Wochen, als es hier um irgendwelche Dringlichkeitsanträge ging, haben Sie hier gesagt: Was wollt ihr denn? Niemand hat die Absicht, eine Grenzpolizei zu errichten.

(Manfred Ländner (CSU): Das stimmt, ja!)

– Das stimmt.

(Manfred Ländner (CSU): Weil Du das nicht begreifst!)

– Noch bin ich dran.

(Volkmar Halbleib (SPD): In Ihrem Gesetzentwurf heißt es so!)

Lieber Herr Kollege Ländner, darum heißt es hier: "Gesetzentwurf zur Errichtung der Bayerischen Grenzpolizei". Das ist genau das Gegenteil dessen, was Sie sagen.

(Manfred Ländner (CSU): Nein! Hoppla, hoppla, hoppla!)

– Ich habe noch das Rederecht.

(Zuruf von der CSU: Es hört sich nur so an!)

Was Sie gerade vorgetragen haben, ist genau unsere Argumentation. Kollegin Gottstein wird dies noch ausführen. Das ist genau das, was wir Etikettenschwindel nennen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Für diese polizeilichen Aufgaben, die Sie als ganz normal abtun, braucht man keine Grenzpolizei im förmlichen Sinne; das kann die bisherige Landespolizei genauso gut machen. Dazu brauchen wir nicht extra Leute in eine neue Direktion einzugliedern. Die Direktionen haben Sie erst vor einigen Jahren abgeschafft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Manfred Ländner (CSU): Also, noch einmal: Herr Kollege, meine damaligen Ausführungen sind im Protokoll des Bayerischen Landtags nachzulesen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das sagt er ja! Der weiß es schon auswendig! – Volkmar Halbleib (SPD): Ich stelle es mir vor!)

– Nein, das ist nicht das Problem. Es wäre vielleicht gut, Volkmar Halbleib, wenn Du da auch einmal hineinschauen würdest. Ich habe damals gesagt, dass es nicht um die Grenzpolizei im Sinne eines eigenen Verbandes geht,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Es soll nur so heißen!)

wie er an der Grenze vor dem Fall des Eisernen Vorhangs in Bayern bestanden hat. Darum geht es nicht.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Es soll nur so heißen!)

Es geht um die Aufwertung dieser an der Grenze Dienst tuenden Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Die bekommen auch keine neue Uniform.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ach so!)

Sie bekommen ein Verbandsabzeichen und werden neu strukturiert, neu ausgebildet. Es geht um die Bündelung der Kompetenz, um verstärkte Zusammenarbeit, bessere Fortbildung und gezielte Ausrüstung für den Dienst an der Grenze. Das ist nichts anderes.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Statt Sonderschule Förderschule oder statt Hauptschule Mittelschule! Es ist nur ein neuer Name!)

Wer heute mit grenzpolizeilichen Aufgaben zu tun hat – auch das wiederhole ich gebetsmühlenartig –, weiß, dass es etwas anderes ist,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Putzfrau, für Raumhygiene zuständig, also Name!)

ob an der Grenze spezielle Aufgaben zu erfüllen sind oder ob im Binnenland polizeiliche Aufgaben zu erledigen sind. Das ist etwas anderes. Darum gibt es schließlich auch eine Wasserschutzpolizei.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie sind ein treuer Diener Ihres Herrn, Herr Ländner!)

Die Aufgaben auf dem Wasser sind nämlich auch andere als die Aufgaben auf dem Land. Ich verstehe die Dinge, die Sie dort hineininterpretieren, nicht.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie sind ein treuer Diener Ihres Herrn, und Sie geben sich redlich Mühe, aber Sie schaffen es nicht! Sie haben es probiert, aber Sie schaffen es nicht!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte keine Dialoge! Herr Ländner hat das Wort.

Manfred Ländner (CSU): Ich habe es eingesehen, Herr Aiwanger, dass ich es nicht schaffen werde, Ihnen dies irgendwie zu erklären. Danke schön für die Einsicht.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Moment, Herr Ländner, wir sind noch nicht fertig. Jetzt folgt noch Herr Rinderspacher mit einer Zwischenbemerkung.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Kollege Ländner, irgendwie entsteht der Eindruck, dass Sie sich mittlerweile mit einer Umetikettierung des bereits Bestehenden zufriedengeben. In der Historie der Debatte im Bayerischen Landtag war das einmal etwas anders. Am 1. Oktober 2015 hat der damalige Heimatminister werbewirksam und öffentlichkeitswirksam dargestellt, er trete für Zäune rund um Bayern ein, für Zäune und Patrouillen. Er wurde dann vom damaligen Ministerpräsidenten Horst Seehofer zurückgepiffen, der sich von seinem Heimatminister distanziert hat: Zäune kämen auf keinen Fall in Frage. Dann führten wir Debatten, in denen der Innenminister dargestellt hat, es müsse eine lückenlose Kontrolle an der bayerischen Außengrenze geben – 650 Kilometer allein zu Österreich! Daraus wurden dann drei Autobahnkontrollen, die täglich, auch über die örtlichen Radiostationen, durchgegeben wurden; es wurden Tipps gegeben, wie man diese Grenzkontrollen umgehen kann, indem man einfach die entsprechende Staatsstraße benutzt.

Mittlerweile sind Sie so weit, dass Sie keine Zäune mehr wollen und dass Sie auf den Grenzposten verzichten, sondern einfach so weitermachen wie bisher, nämlich mit Schleierfahndung, ein neues Etikett draufkleben, neue Uniformen einführen und eine neue Behörde mit Wasserkopf und Doppelstruktur einrichten. Das ist eine Neuerung in der Debatte, aber besser ist es nicht.

Sinnvoll wäre es, die Schleierfahndung auszubauen und das auch einfach so zu benennen. Damit könnte die Polizei gut arbeiten. Was wir brauchen – ich wiederhole mich auch mit Blick auf die bayerische Kavallerie, die der Ministerpräsident angekündigt hat –, sind mehr Zweibeiner in Uniform in der bayerischen Fläche als Vierbeiner in den Polizeidienststellen, wobei "Stellen" mit "ä" geschrieben würde.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Manfred Ländner (CSU): Herr Rinderspacher, ich weiß nicht, ob wir hier wie ein Propeller kreisen. Genau das ist jetzt gewollt: Eine Verdoppelung der Kräfte an der Grenze, eine technische Aufrüstung.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das hat er ja festgestellt!)

– Dann stimmt halt zu!

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Also brauchen wir einen neuen Namen!)

– Was stören Sie sich daran, dass diese Spezialtruppe mit gemeinsamer Führung, Fortbildung und Ausrüstung den Titel "Grenzpolizei" bekommt? In Unterfranken haben sie auf dem Verbandsabzeichen "Unterfranken" stehen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist auch wichtig!)

Bei der Wasserschutzpolizei steht "Wasserschutzpolizei" drauf.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Schreiben Sie noch "Grenzpolizei Unterfranken" drauf, dann sind sie glücklich!)

Was ist so aufregend daran, wenn diejenigen Kollegen, die an der Grenze Dienst tun, besondere Aufgaben und eine besondere Ausrüstung haben, auf ihren Verbandsabzeichen "Grenzpolizei" stehen haben?

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist der wesentliche Inhalt Ihres Gesetzentwurfs!)

Es ist so – –

(Markus Rinderspacher (SPD): Ihr Ministerpräsident hat es anders vermarktet!)

– Nein, es geht um Spezialisierung, die auch durch das Verbandsabzeichen und eine gemeinsame Führung zum Ausdruck gebracht wird, weil das sinnvoll und effektiv ist. Es geht um den Schutz unserer Bevölkerung an den Grenzen und um die Verfolgung besonders an der Grenze auftretender bestimmter Formen von Vergehen und Verbrechen. Darum geht es.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist Kollegin Gottstein.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Gegensatz zu Ihnen – Sie sagen immer, dass Sie überrascht sind, was hier alles kommt – sind wir nicht überrascht.

(Manfred Ländner (CSU): Von Ihnen kommt auch nur das, was Sie immer erzählen!)

Sie reden um den Brei herum. Seit es um die Grenzpolizei geht, sagen Sie, dass Sie keine Grenzpolizei wollen, auch wenn Sie eine Grenzpolizei wollen, oder Sie wollen eine Grenzpolizei, aber wollen nicht dazu stehen. Das ist eine Vermischung der Begriffe. Wie es damals zur Debatte kam, habe ich gesagt: Kakao ist nicht Kaba, und Grenzpolizei ist eine Sache, die eindeutig definiert ist,

(Manfred Ländner (CSU): Ist Kaba?)

nämlich aufgrund unserer Situation. Wir sind ein Bundesland. Wir sind kein Staat mit einer Grenze. Deshalb können wir auch keine Grenzpolizei haben. Das ist nach wie vor ein Zeichen von Größenwahnsinn.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Ich stelle für die FREIEN WÄHLER Folgendes fest: Solange der Schengenraum an seinen Außengrenzen nicht wirksam kontrolliert wird, befürworten wir FREIEN WÄHLER die Kontrolle der bundesdeutschen Grenze zwischen Bayern und Österreich. In § 71 Absatz 3 des Aufenthaltsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland – ein Bundesgesetz – ist genau geregelt, dass für diese Kontrolle der bundesdeutschen Grenze zwischen Bayern und Österreich die Bundespolizei zuständig ist.

Wenn Sie ein neues Gesetz entwickeln wollen, gibt es zwei Möglichkeiten. Die erste Möglichkeit ist die, dass Ihrer Meinung nach zu wenige Bundespolizisten vorhanden sind – momentan haben wir 2.500 Bundespolizisten an dieser Grenze. Wenn Sie sagen, dass das nicht taugt und dass das zu wenige sind, ist dies okay. Sie haben den kurzen Draht – Stichwort Doppelpass – zum Bundesinnenminister. Wenn Sie 500 Polizisten mehr anfordern würden, wäre der Fall geregelt, und Sie bräuchten diesen Gesetzentwurf nicht. Das war die erste Möglichkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Möglichkeit: Ihnen taugt die Bundespolizei nicht, und Sie sagen, sie ist nicht gut genug. So kommt es bei der Polizei teilweise an. Damit unterstellt man ihr indirekt eine schlechte Arbeit. Nennen Sie Ross und Reiter, verlangen Sie eine andere Ausbildung oder was auch immer. Sie sagen aber auch, dass Sie mit der jetzigen Arbeit der Bundespolizei an der bundesdeutschen Grenze zwischen Österreich und Bayern nicht zufrieden sind.

Wir haben Sie verstanden und brauchen hierzu keine Belehrung; denn wir wissen: Am wirksamsten, um diese Grenze zu kontrollieren, ist die Schleierfahndung.

Die Bundespolizei bräuchte etwa ein Drittel mehr zu besetzende Stellen. Am wirksamsten wäre es deshalb, wenn ihr diese Stellen zur Verfügung stünden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fahren Sie die ganze Grenze entlang, etwa nach Rosenheim, und fragen Sie dort die Polizei, wie viele Stellen ihr denn zur Verfügung stehen. Den Polizeidienststellen fehlt nämlich genau ein Drittel der Stellen. Wenn Sie aufstocken, wird frühestens 2022 die Anzahl der Stellen erreicht, die eigentlich bereits jetzt vorhanden sein sollten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das Wichtigste ist – das haben die Vorredner bereits gesagt –, dass wir für die Schleierfahndung mehr Personal bereitstellen. Sorgen Sie dafür! Dazu brauchen Sie aber keine Grenzpolizei, wie Sie sie jetzt aber gar nicht wollen; denn Sie haben gesagt: Was Sie da jetzt fordern, fordern Sie nicht.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das soll nur so heißen!)

Erstens sagen wir nochmals ausdrücklich: Sie gaukeln wegen des Wahlkampfes unserer Bevölkerung die Notwendigkeit einer Grenzpolizei vor – keine Ahnung, was Sie damit bezwecken wollen. Dabei wissen Sie genauso gut wie wir und hoffentlich wie jeder Schüler, der hier Sozialkundeunterricht hat, dass eine bayerische Grenzpolizei verfassungsrechtlich nicht machbar ist. Es gibt lediglich eine Grenzpolizei im Rahmen der Bundesrepublik Deutschland.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bravo! – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweitens. Mit diesem Gesetzentwurf diskriminieren Sie die Bundespolizei.

Drittens. Sie fordern, wie Ihrem Gesetzentwurf zu entnehmen ist, den Aufbau von Doppelstrukturen. Doppelstrukturen sind immer schwierig, außer man möchte den Schwarzen Peter immer anderen zuschieben, sodass immer der andere schuld ist. Jeder weiß: Doppelstrukturen sind von Haus aus schlecht und unnötig.

Viertens. Sie bauen einen Wasserkopf auf. Unsere Frage, was Alois Mannichl an Möglichkeiten bekommt, wird nicht beantwortet. Das liegt wahrscheinlich am Datenschutz.

Ich wollte auch die Anzahl der Q3- und Q4-Stellen wissen. Das ist noch nicht bekannt. Aber natürlich benötigt eine neue Führung Stellen, die wir nicht haben.

Fünftens. Die Schleierfahndung ist das einzig Sinnvolle. Bauen Sie bitte die Schleierfahndung aus, damit sie zumindest dem Stand auf dem Papier entspricht.

Alle anderen vier Punkte sind überflüssig. Noch einmal: Wir haben eine Schleierfahndung, welche erfolgreich arbeitet. Es ist überhaupt nicht einzusehen, warum Sie ein neues Drumherum aufbauen wollen, anstatt das zu verbessern, was gut läuft.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bravo! – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Schulze.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich noch einen weiteren Aspekt in die Debatte einbringen. Am 8. Mai war Europatag. Ich hoffe, wir haben alle gefeiert. Wir alle verdanken Europa sehr viel, vom Reisen ohne Reisepass, von Schüleraustauschen, von einem friedlichem Miteinander, von Solidarität und Versöhnung bis hin zu Handelsabkommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das vereinte Europa hat die Schlagbäume innerhalb Europas abgebaut. Doch die CSU baut jetzt wieder eine eigene Grenzpolizei auf. Damit reihen Sie sich sprachlich in die Reihe der Europaskeptiker ein. Aber vielleicht kann man von einer Partei, die sich gerne mit Victor Orbán trifft, nicht mehr viel anderes erwarten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde das bitter; denn das steht nicht für ein vereintes Europa, das zusammenhält und auch in schwierigen Zeiten den Weg der europäischen Integration weitergeht.

Herr Herrmann, hätten Sie heute einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die europäische Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden verstärkt, hätten Sie von mir Applaus bekommen. Dieser Applaus fällt heute aus, weil Ihre Bayerische Grenzpolizei nicht das ist, was wir uns unter kluger Europa- und Innenpolitik vorstellen; denn wir alle wissen: Falls es innerhalb Europas doch einmal zu Grenzkontrollen kommt, ist so etwas immer nur zeitlich begrenzt machbar. Allerdings ist dann die Bundespolizei dafür zuständig.

Ich habe erst vor Kurzem die Polizeiinspektion in Freilassing besucht, wo die Beamtinnen und Beamten wirklich einen guten Job machen. Ihr Gesetzentwurf ist ein Misstrauensvotum gegen die Bundespolizei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Abgesehen davon hat unsere bayerische Landespolizei eindeutig drängendere Aufgaben zu bewältigen, als jetzt eine neue Direktion aus dem Boden zu stampfen, etwa die Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Cyberkriminalität sowie die Entgegennahme der alltäglichen Anrufe der Bürgerinnen und Bürger. Die Polizisten brauchen auch Zeit für Training und Fortbildung, um nur ein paar Schlagworte zu nennen.

Jetzt fordern Sie auch noch den Aufbau einer bayerischen Grenzpolizei. Ich muss Sie schon fragen, woher Sie die 1.000 Polizistinnen und Polizisten nehmen wollen. Ja, wir stellen Gott sei Dank mehr Polizisten ein. Dies braucht es auch, um den großen Überstundenberg abzubauen und der Pensionierungswelle entgegenzuwirken. Sie wissen aber genauso gut wie ich, dass Polizistinnen und Polizisten eine dreijährige Ausbildung absolvieren müssen, bevor sie eingesetzt werden können. Herr Ländner sagt, die CSU wolle die Kräfte mit der Grenzpolizei verdoppeln. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass Sie wohl Polizistinnen und Polizisten aus der Fläche abziehen müssen. Aber das kann nicht Sinn der Sache sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir stehen mit dieser Meinung nicht allein. Ich möchte die DPoIG kurz zitieren, wonach auch anzumerken sei, dass sich die Notwendigkeit der Einrichtung einer bayerischen Grenzpolizei nicht erschließe. Hier würden nach deren Meinung ohnehin schon knappe Personalressourcen durch den Aufbau dieser Parallelorganisation verwendet.

Das sagen also nicht nur wir GRÜNEN, sondern selbst Polizeigewerkschaften. Es nervt mich wirklich, wie Sie als CSU die Innenpolitik für den Wahlkampf missbrauchen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der neue Ministerpräsident spielt sich als oberster Grenzschrützer auf, um auf dem Rücken der Polizistinnen und Polizisten, der Pendlerinnen und Pendler und der großartigen europäischen Idee Stimmung zu machen.

Ich kann also auch bei diesem Thema wiederholt nur sagen: Hören Sie bitte auf, mit den Ängsten der Menschen zu spielen. Hören Sie auf damit, all Ihre Politik unter der Maßgabe zu betreiben, was Ihnen im Wahlkampf nutzt. Hören Sie endlich auf, nur für die schöne, schnelle Schlagzeile Symbolpolitik zu betreiben!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern ist ein sicheres Bundesland. Das liegt an der guten Arbeit unserer bayerischen Polizei. Wenn Sie diese unterstützen würden, müssten Sie dafür sorgen, dass sie von unwichtigen Aufgaben entlastet wird. Dann müssten Sie mehr Polizistinnen und Polizisten, mehr Tarifbeschäftigte einstellen. Aber es hat keinen Sinn, eine neue Bayerische Grenzpolizei einzurichten, die man im Moment fachlich nicht braucht und die der europäischen Idee widerspricht. Dafür gibt es eigentlich nicht genug Polizistinnen und Polizisten.

Unsere bayerische Polizei braucht endlich mehr Zeit, mehr Personal und genug Ruhe, um die Ausbildung und Fortbildung weiter voranzutreiben, anstatt von Ihnen ständig neue Umbauten an den Hals gebunden zu bekommen, damit Sie sich wieder mit ir-

gendeinem neuen Thema rühmen und sagen können, Sie würden die Sicherheit angeblich auch mit einer Bayerischen Grenzpolizei verteidigen.

Damit komme ich zu meinem Argument von zu Anfang zurück. Wir leben zum Glück in der Europäischen Union und reisen innerhalb Europas ohne Grenzkontrollen. Das ist ein sichtbares Symbol, das Europa uns Bürgerinnen und Bürger gebracht hat. Deswegen rufe ich Ihnen zu: Don't touch my Schengen! Diese Bayerische Grenzpolizei darf nicht gebildet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Muthmann.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie reden für die Stamm!)

Alexander Muthmann (fraktionslos): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich bin nicht die Frau Stamm. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In aller Kürze, denn die wesentlichen Argumente sind bereits genannt worden. Wenn bislang der Eindruck entstand, dass diese Debatte und die Ankündigung des Bayerischen Ministerpräsidenten, die Bayerische Grenzpolizei mit insgesamt 1.000 Stellen einzurichten, konzeptionslos und vor allem mit dem Bund unabgestimmt war, war dies bis heute eine Vermutung. Aber seit Herr Ländner gesprochen hat, kann man es für eine Gewissheit halten, dass auch seitens der CSU-Fraktion keine Klarheit darüber herrscht, was eine Grenzpolizei ist. Es sei denn, ein bayerischer Landespolizist, der in der Nähe der Grenze seine Arbeit tut, wird als Grenzpolizist bezeichnet. So kann man die Sache auch irgendwie ins Lot bringen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ein Bürger, der dort wohnt, ist dann auch ein Grenzbürger!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kritikpunkte sind kurz zusammenzufassen: Die zusätzliche Struktur wird ineffizient und teuer werden. Sie ist konzeptlos und vor allem

mit dem Bund nicht abgestimmt. In der Begründung des Gesetzentwurfs ist unter anderem zu lesen, dass die bayerische Polizei darüber hinaus grenzpolizeiliche Aufgaben verstärkt koordinieren soll. In so einem Fall muss man wohl davon ausgehen, dass auch hier das Rollenverständnis nicht mehr stimmt und zurechtgerückt werden muss. Das ist zunächst einmal eine zentrale Bundesaufgabe. Ergänzend dazu und in Abstimmung mit dem Bund kann man zusätzliche Tätigkeiten einfließen lassen, wenn es über die Schleierfahndung hinausgehen soll. Geht es jedoch lediglich um eine Verstärkung der Schleierfahndung, dann sagen Sie dies. In so einem Fall brauchen wir ein derartiges Gesetz nicht. Der Hinweis auf die Sorge der zahlreichen Inspektionen, dass die dringend benötigten, aber nicht ankommenden Polizisten zu ihren Lasten gehen werden, muss ernst genommen werden. Dieser Hinweis macht die Skepsis gegenüber der Bayerischen Grenzpolizei verständlich. Es ist zudem ein Affront gegen die Bundespolizei und die Bundespolitik. All das ist unnötig. Darauf sollte verzichtet werden. Nehmen Sie dieses Gesetz zurück!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.